

Muslime in der Russischen Föderation

Wie gefestigt ist die »Vielvölkerzivilisation« Russland?

Uwe Halbach

Russland tritt außenpolitisch als ein Motor für Integration in Eurasien auf. Doch Integrationsanforderungen richten sich auch an die russische Innenpolitik. Das betrifft etwa das Verhältnis zwischen Russen und Angehörigen nichtrussischer Nationalitäten sowie zwischen Einheimischen und Migranten. Besonders mit Blick auf den muslimischen Bevölkerungsteil und auf Landesteile wie den Nordkaukasus und die Wolga-region, die vom Islam (mit)geprägt sind, stellt sich die Frage, wie gefestigt die »Vielvölkerzivilisation« Russland ist.

Die Russische Föderation ist ein Vielvölkerstaat mit den vier »traditionellen« Glaubensgemeinschaften Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK), Islam, Judentum und Buddhismus. Rund 20 Millionen Menschen, also ein Siebtel der Gesamtbevölkerung, sind Muslime. Etwa 40 Volksgruppen der Russischen Föderation gehören zur Welt des Islam – mit den Tataren als der größten ethnischen Minderheit (5,5 Millionen). Dabei ist freilich zwischen ethnischer und religiöser Zuordnung zu unterscheiden: Nicht jeder Angehörige tatarischer Nationalität ist ein strenggläubiger Muslim. Allerdings hat im Islam ähnlich wie in anderen Glaubensgemeinschaften in nach-sowjetischer Zeit eine religiöse »Wiedergeburt« stattgefunden, wofür die Vielzahl neu eröffneter Moscheen ein Zeichen ist. Anders als in einigen Ländern Westeuropas gehen die muslimischen Gemeinden in Russland nicht in erster Linie aus Zuwande-

rung hervor. Tataren oder kaukasische Bergvölker sind nicht nach Russland eingewandert, sondern Russland ist im Zuge seiner kolonialen Expansion zu ihnen gekommen. Jedoch besteht heute ein wachsender Teil der in dem Land lebenden Muslime aus Arbeitsmigranten, die aus Zentralasien und dem Kaukasus stammen und immer häufiger auf fremdenfeindliche Reaktionen stoßen. Damit verbindet sich die Lage der Muslime mit Problemfeldern, die sich bei der Integrationsfrage in den Vordergrund drängen.

Zuwanderung und Xenophobie

Durch Zuwanderung weitet sich der muslimische Raum in Russland aus – über die beiden historischen Muslim-Regionen hinaus, die im Nordkaukasus und an der Wolga liegen. Der größte Teil der Zuwanderung entfällt auf Moskau und St. Peters-

burg. Laut Schätzungen haben sich bis zu 1,2 Millionen Usbeken, zwei Millionen Tadschiken, einer Million Aserbajdschaner und 800 000 Kirgisen auf Arbeitssuche nach Russland begeben. Im Mittelpunkt der Nachrichten über Zusammenstöße zwischen Einheimischen und Migranten stehen Zuwanderer aus dem Nordkaukasus. Ihre Zahl ist statistisch kaum erfasst, da ihre Zuwanderung unter Binnenmigration fällt.

Seit sich im September 2006 Einheimische und kaukasische Migranten in Kondopoga im Nordwesten Russlands (Karelien) eine Prügelei lieferten, kam es wiederholt zu derartigen Zwischenfällen – vor allem in südrussischen Regionen wie Krasnodar und Stawropol, die dem Nordkaukasus vorgelagert sind. Die Hauptstadt Moskau geriet im Dezember 2010 in die Schlagzeilen, als ein russischer Fußballfan bei einer Schlägerei mit Kaukasiern ums Leben kam und daraufhin eine Massendemonstration gegen Migranten organisiert wurde, die sich auf dem Manegenplatz abspielte. 2008 riefen eine »Bewegung gegen illegale Migration« und eine »Slawische Allianz« den »Russischen Marsch« als nationalistische Institution ins Leben. Jeweils am 4. November eines Jahres marschieren in mehreren Städten des Landes Demonstranten durch die Straßen. 2011 in Moskau etwa waren es 15 000. Sie beklagen die angebliche Benachteiligung des russischen Volkes in der multiethnischen Föderation. Von einer Bevorzugung der Zugewanderten kann jedoch keine Rede sein. Ein Großteil lebt unter prekären Bedingungen. Schätzungsweise 3,5 Millionen verfügen über keine gültigen Papiere. Sie leben in der Illegalität und sind Angriffen durch Gruppen ausgesetzt, die »Russland für die Russen« fordern. Derzeit ist eine Verschärfung migrationspolitischer Maßnahmen im Gespräch.

Islam und Staat in Russland

Doch wie ist die Situation der »einheimischen« Muslime, die über die russische Staatsbürgerschaft verfügen? Wie begegnet

der Staat in der von Präsident Putin beschworenen »einzigartigen Vielvölkerzivilisation Russland« (siehe SWP-Aktuell 9/2012) seinen muslimischen Bürgern? Putin erhob das jahrhundertlange Zusammenleben zwischen orthodoxen Christen und Muslimen zu einem Grundmerkmal der Geschichte Russlands und führte das Land in die Organisation der Islamischen Konferenz (heute Organisation für Islamische Zusammenarbeit). Großmufti Talgat Tadschuddin, Leiter der geistlichen Verwaltung der Muslime Russlands, forderte bereits, den Halbmond in das Staatswappen aufzunehmen, was bei russischen Nationalisten kaum auf Gegenliebe stoßen dürfte. Auf der anderen Seite nehmen Staat und Gesellschaft in Russland den Islam nämlich durch das Prisma des Kampfs gegen Extremismus wahr. Im Jahr 2000 warnte der neue Präsident Putin vor einer Infektion durch religiösen Extremismus, der sich vom Kaukasus über die Wolga ins Innere Russlands ausbreiten könne. Mit solchen Aussagen sollten erneute massive Kriegsmaßnahmen in Tschetschenien als Kampf gegen islamistischen Terrorismus gerechtfertigt werden.

Beim Stichwort Staat ist zwischen föderaler Ebene einerseits und regionaler oder lokaler Ebene andererseits zu differenzieren. Auf der regionalen Ebene unterscheidet sich die Politik gegenüber dem Islam. In Tschetschenien etwa praktiziert der Autokrat Ramzan Kadyrow eine eigenwillige Kulturpolitik, die unter dem Schlagwort »nationale Tradition« Frauen islamische Bekleidung vorschreibt. In der Nachbarregion Stawropol dagegen erließ die Regierung im Oktober 2012 ein Hijab-Verbot an öffentlichen Schulen.

Zur staatlichen Sphäre gehört der institutionalisierte Islam in Gestalt geistlicher Verwaltungen oder Muftiate, einer bürokratischen Einrichtung, die bis zur Islampolitik der Zarin Katharina ins 18. Jahrhundert zurückgeht. Diese Institution hat in sowjetischer Zeit die staatliche Kontrolle über den muslimischen Bevölkerungsteil der UdSSR gewährleistet. Das damalige Bild

eines »Islam von Gnaden des KGB« wirkt in der muslimischen Bevölkerung bis heute nach und lässt die offizielle Geistlichkeit eher als staatliche denn als religiöse Autorität erscheinen. Diese für den Islam untypische »Amtskirche« durchlief in der nachsowjetischen Entwicklung einen Prozess der Zersplitterung, aus dem heraus eine Vielzahl von Muftiaten auf ethnischer und lokaler Basis entstand. Dabei brach ein Zwist der Muftis um die Verwaltungshoheit und den Zugang zu Finanzen aus, die für die »religiöse Wiedergeburt« in Russland aus dem islamischen Ausland reichlich flossen.

Konfliktlinien

Konfliktlinien verlaufen nicht in erster Linie zwischen der ROK und den geistlichen Verwaltungen der Muslime. Zwischen beiden gibt es Berührungsflächen bei der Abgrenzung von »westlicher Kultur« oder der Abwehr externer Missionsbestrebungen durch christliche Sekten bzw. islamistische Einflüsse aus dem Ausland. Konfliktfrei ist das Verhältnis allerdings nicht. Die ROK wurde besonders unter Präsident Putin zur nationalen Institution aufgewertet. Die drei übrigen traditionellen Glaubensgemeinschaften beklagen die Einmischung dieser Kirche in weite Bereiche des öffentlichen Lebens als Versuch, Muslime, Juden und Buddhisten in die Position der »jüngeren Geschwister« zu versetzen. Im Februar 2013 kündigte Patriarch Kirill an, die Missionstätigkeit der ROK zu intensivieren, etwa im Norden Russlands, wo sich neo-paganistische Dynamiken entfalten. Es stellt sich die Frage, ob die Missionstätigkeit auch in Landesteile ausgedehnt wird, die vom Islam geprägt sind.

Schärfere Konfliktlinien bestehen innerhalb der islamischen Gemeinden, das heißt zwischen »Islamern« unterschiedlicher Provenienz. Auf der einen Seite steht der sogenannte traditionelle Islam, der häufig mit nationalem Brauchtum gleichgesetzt wird. Man spricht etwa von einem »kaukasischen Islam«, der vom Sufismus und reli-

giösen Bruderschafts- und Ordenswesen geprägt ist. Auf der anderen Seite steht ein vom Ausland beeinflusster Fundamentalismus, der ethnische und lokale Identifikation in den Bereich religiöser Unwissenheit verweist und traditionelles Brauchtum wie den Besuch von Heiligengräbern als heidnisch diffamiert und bekämpft.

Für die Anhänger dieses Fundamentalismus bildete sich in Russland das Schlagwort »Wahhabiten« heraus. Der Leiter einer islamischen Gemeinde im Nordkaukasus äußerte sich bereits vor zehn Jahren zum inflationären Gebrauch dieser Bezeichnung. »Wenn jemand das rituelle Gebet korrekt vollzieht, nicht trinkt, nicht raucht, nicht flucht, dann hält man ihn für einen Wahhabiten.« Hier wird ein Problem angesprochen, das den Diskurs über islamistischen Extremismus im postsowjetischen Raum belastet: die mangelnde Unterscheidung zwischen religiös aktiven Muslimen, politisch aktiven, aber nicht gewaltorientierten Islamisten und militanten Jihadisten.

Aus der undifferenzierten Wahrnehmung von religiösem Extremismus durch die Staatsmacht resultierten Maßnahmen, die eine Radikalisierung von Muslimen eher beförderten. So wurde in nordkaukasischen Teilrepubliken wie Dagestan 1999 ein Kampf gegen Wahhabiten ausgerufen, der vor allem junge Leute erst recht auf die Seite des zu bekämpfenden Gegners trieb.

Strahl der Nordkaukasus ins Innere Russlands aus?

Die schärfste Konfliktlinie verläuft zwischen Sicherheitsorganen und bewaffneten Untergrundkräften. Ort dieser Konfrontation ist der Nordkaukasus, der für Terroranschläge mit Jihad-Hintergrund das Epizentrum im gesamten postsowjetischen Raum bildet. Instabilität und Gewalt sind hier längst über Tschetschenien hinausgetreten, mit dem der Nordkaukasus lange Zeit gleichgesetzt wurde. Für diese Entwicklung ist nicht nur ein seit 2007 bestehendes »Kaukasisches Emirat« mit seiner Jihad-

Agenda und mit Terroranschlägen auch im Inneren Russlands verantwortlich zu machen, sondern eine Vielzahl von Faktoren. Darunter ist der Zustand lokaler und föderaler Rechtsschutzorgane zu nennen, die bei ihren Antiterrormaßnahmen in hohem Maße extralegale Gewalt anwenden.

Bis vor kurzem wurde die Wolgaregion mit Teilrepubliken wie Tatarstan und Baschkortostan in keinen Zusammenhang mit der Krise im Nordkaukasus gestellt. Was die wirtschaftliche Integration in den Gesamtstaat betrifft, ist der Unterschied zwischen beiden Regionen gewaltig. Während der Föderalbezirk Nordkaukasus bei den sozialökonomischen Indikatoren weit unter den Durchschnittswerten Russlands liegt und die Haushalte seiner Teilrepubliken aus Moskau subventioniert werden, gehört der Föderalbezirk Wolga zu den wirtschaftlich führenden Landesteilen. Auch in der Gewaltstatistik war der Unterschied lange Zeit frappant – so zwischen den Teilrepubliken Tatarstan, wo vor 2012 keine Terroranschläge verübt wurden, und Dagestan, wo allein im letzten Jahr 300 »terrorismusartige Verbrechen« registriert wurden.

Was islamistische Dynamiken anbelangt, wird der Kontrast offenbar geringer. Bisher wurde der in der Wolgaregion praktizierte Islam als Religion gesehen, die offen gegenüber Modernisierung ist. Doch 2012 führten einige Ereignisse dazu, dass auch hier eine politische Radikalisierung festgestellt wurde. Im Juli fiel einem Mordanschlag auf den Mufti Tatarstans dessen Stellvertreter zum Opfer. Er war ein engagierter Kämpfer gegen extremistische Tendenzen in der »islamischen Wiedergeburt« in Russland und wurde dafür von Präsident Putin postum mit der Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet. Der Anschlag wurde prompt mit dem Nordkaukasus in Verbindung gebracht, wo sich seit Längerem Attentate auf Repräsentanten eines moderaten Islam häufen, der sich gegen den Terrorismus positioniert. Drei Monate später verkündete der Inlandsgeheimdienst FSB, er habe eine Serie islamistischer Anschläge in der Repu-

blikhauptstadt Kasan verhindert. Im März 2013 wurden Gesetze zur Bekämpfung von Extremismus in der Republik verschärft.

Die tatarisch-kaukasische Verbindung ist unter Experten noch umstritten. Unumstritten ist jedoch, dass salafistische Einflüsse sich auch im Inneren Russlands ausbreiten. In Tatarstan fließen tatarisch-nationalistische und islamistische Strömungen zusammen, die im russischen Bevölkerungsteil der Republik Reaktionen hervorrufen. In der orthodoxen Weihnachtszeit zur Jahreswende 2012/13 kam es hier zum »Tannenbaumstreit«, weil islamische Eiferer die Tradition von »Väterchen Frost« als heidnisch verdammt.

Ausblick

Solche Entwicklungen bedeuten noch nicht, dass eine Republik wie Tatarstan ähnlich wie die nordkaukasischen Teilrepubliken zum »inneren Ausland« Russlands wird. Doch angesichts wachsender Minderheitenfeindlicher Strömungen in der russischen Gesellschaft und nationalistischer und religiöser Selbstvergewisserung auf der nichtrussischen Seite stellt sich auch im Inneren Russlands die Frage, wie gefestigt die »einzigartige Vielvölkerzivilisation« ist. Diese Frage wird in russischen wie auch in auswärtigen Analysen im Zusammenhang mit einer gesteigerten strategischen Bedeutung der Wolgaregion diskutiert. Durch sie laufen wichtige Versorgungs- und Rückzugsrouten, die Russland den internationalen Truppen einschließlich Ausrüstung für ihren Afghaneinsatz bereitgestellt hat. Im Hinblick auf den Nordkaukasus sollten die Europäer nicht vergessen, dass die Region mit den meisten islamistischen Anschlägen im GUS-Raum nicht etwa im Umfeld Afghanistans in Zentralasien, sondern am Rande Europas liegt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364